

## Einmischen in die Sparpolitik

1

VLG für Stopp beim Sparen  
auf Kosten der Gemeinden

## Einmischen in die Bundespolitik

2

VLG für mehr Gemeindevertreter  
im eidgenössischen Parlament

## Einmischen in die Sozialpolitik

6

VLG für Gemeindeeinfluss beim  
Kinder- und Erwachsenenschutz

VLG-Präsident Hans Luternauer über Sparen, Finanzausgleich, neue Aufgaben

## Gegen Sparen zulasten der Gemeinden

«Es darf nicht sein, dass der Kanton zulasten der Gemeinden eine grosse Sparübung durchzieht»: Damit reagiert Hans Luternauer, Präsident des Verbandes Luzerner Gemeinden, auf die diskutierten 80 Millionen Franken, die der Kanton offenbar einsparen will. Der VLG-Präsident spricht auch über andere brisante Themen.

**gazette:** Sie haben wohl nicht gedacht, dass Sie ein halbes Jahr nach der Wahl zum VLG-Präsidenten in einem Mehrfrontenkrieg stehen?

Hans Luternauer: Dass das VLG-Präsidium kein ruhiger, netter Job ist, das wusste ich immer. Dafür bin ich schon zu lange in der kommunalen und kantonalen Politik tätig. Alles andere wäre ja blauäugig. Im Moment ist es tat-

sächlich so, dass an mehreren Fronten gekämpft werden muss, oder sagen wir lieber, Gespräche und Verhandlungen zu führen sind. Alle, die sich im VLG engagieren, wissen im Übrigen, dass die schwierigste Aufgabe ist, die Gemeinden zu einer gemeinsamen Haltung zu bringen. Die Interessen der einzelnen Gemeinden sind nun mal unterschiedlich.

**Es gibt aber da einen Punkt, wo sich die Gemeinden einig sein dürften. Die drohende Sparfront des Kantons?**

Das ist so, wir wissen zwar zum Zeitpunkt dieses Interviews anfangs Oktober noch nichts Verbindliches. Aber der Regierungsrat ist offenbar daran, ein Sparprogramm zusammenzustellen.

Fortsetzung Seite 5



Nationlaratswahlen 2011

# Für Luzerner Gemeindepower in Bern



**Bernhard Achermann**

**52, SVP, Richental  
Gemeinderat Reiden  
Sozialvorsteher  
eidg. dipl. Meisterlandwirt**

**Warum kandidieren Sie für den Nationalrat?**

Für mich wäre die Möglichkeit, meine Erfahrungen auf der nationalen Ebene politisch einbringen zu können, eine neue Herausforderung und Motivation, mich weitere Jahre für die Allgemeinheit in der Politik einzusetzen.

**Warum zieht es Sie nach Bern, wenn doch die Gemeinde immer als die schönste politische Ebene gehuldigt wird?**

Ich glaube, dass gerade die langjährige Tätigkeit als Gemeinderat eine gute Voraussetzung bedeutet, um in Bern auf dem Boden der Realität zu bleiben.

**Sind Sie wütend, weil der Bund immer neue Aufgaben auf die Gemeinden abwälzt?**

Es ist richtig, dass die Aufgaben dort erledigt werden sollen, wo sie anfallen. Leistungen, die aber der ganzen Bevölkerung zugute kommen, sollten auch durch alle finanziert werden, insbesondere, wenn der Bund die Ausführung bestimmen will.

**Konkret, die Neuordnung des Vormundschafswesens. Ist das nicht eine teure Luxusübung?**

Dieses Beispiel zeigt was passiert, wenn Leute über Gesetze bestimmen ohne die Auswirkungen für die Gemeinden zu kennen. Die bisherige Umsetzung des Vormundschafswesens hatte sich mit wenigen Ausnahmefällen bewährt.

**Welche gemeinde-relevanten Anliegen in der Bundespolitik sehen Sie?**

Im Bildungsbereich müssen weitere Schritte gemacht werden, damit die Schweiz nicht nur mit den Kosten weltweit an der Spitze ist, sondern auch die Effizienz und die Qualität unserer Bildung den hohen Kosten gerecht werden.

**Haben Sie eine Idee für einen ersten Vorstoss im Interesse der Gemeinden?**

Ich müsste mich zuerst einarbeiten, Handlungsbedarf sehe ich aber im Bildungsbereich bei einem neuen Finanzierungsmodell, bei den Krankenversicherungen und den Prämienverbilligungen.



**Ruedi Amrein**

**52, FDP, Malters  
Gemeindepräsident  
ehemaliger Präsident VLG  
Geschäftsführer  
Dipl. Ing. agr. ETH**

Ich habe Freude an Politik. Weiter habe ich mich mit Erfolg für eine gute Entwicklung der Gemeinde Malters und des Kantons eingesetzt. Mit diesen Erfahrungen will ich als starke Luzerner Stimme in Bern etwas bewegen.

Die Arbeit auf Gemeindeebene ist wirklich schön. Dies habe ich jetzt einige Jahre erfahren. Dabei habe ich immer wieder Situationen erlebt, die in Bern zu lösen sind. Deshalb will ich die Interessen der Gemeinden in Bern einbringen.

Ich habe keine Wut, bin aber mit einigen Entscheiden nicht einverstanden. Gerade weil der Bund immer mehr Aufgaben an die Gemeinden direkt abgibt, ist es wichtig, dass erfahrene Gemeindevertreter in Bern mitwirken.

Die Überarbeitung begrüsse ich. Aber die Vorschriften für die Fachbehörde gehen zu weit und verursachen Kosten. Dass die Aufgabe den Gemeindebehörden weggenommen wird, zeigt das schlechte Vertrauen gegenüber den Gemeinden.

In der Raumplanung Gewinne stärker abschöpfen für öffentliche Aufgaben oder den Wohnungsbau, die Auswirkungen der AHV-Revision auf die Gemeinden, die Luzerner Verkehrsprojekte und die Harmonisierung der Baugesetze.

Wenn jemand, der Sozialhilfe bezieht, in eine andere Gemeinde zieht, muss die vorherige Gemeinde noch zwei Jahre Sozialhilfe leisten, ohne mitbestimmen zu können. Dies ist nicht mehr zeitgemäss, das möchte ich abschaffen.



**Prisca Birrer-Heimo**

**52, SP, Rothenburg  
Gemeinderätin  
Finanzvorsteherin  
Nationalrätin (bisher)  
Wirtschaftsingenieurin**

Seit einem Jahr bin ich im Nationalrat und mache diese Arbeit mit viel Freude und Herzblut. Ich bin motiviert, mein Engagement weiterzuführen und bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mitzuwirken.

Spannend ist die Verknüpfung von gesetzgeberischer Tätigkeit auf Bundesebene und der Umsetzung in der Gemeinde. In der letzten Session haben wir das Raumplanungsgesetz beraten. Da konnte ich die Gemeindeerfahrung einbringen.

Sicher gibt es hin und wieder Unmut über die Verteilung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung. Gemeinderäte finden oft, der Kanton wälze ab, der Kanton sagt dies vom Bund ... Das ist halt ein permanentes Aushandeln.

Da habe ich mich auch schon gefragt, ob der Gesetzgeber sich der Konsequenzen, vor allem auch was die Umsetzung anbelangt, immer voll bewusst war, wobei ein qualitativ gutes Vormundschafswesen wichtig ist.

Die Raumplanung, wo der Nationalrat leider noch keine griffigen Leitplanken beschlossen hat, die Weichenstellung des Bundes beim Tiefbahnhof, sowie die Auswirkungen des Atomausstiegs auf die kantonale und kommunale Energiepolitik.

Ich habe Vorstösse für weniger Fluglärm in unserer Region gemacht. Da bleibe ich dran, denn verschiedene Gebiete sind auf eine touristisch nachhaltige Entwicklung angewiesen und werden durch zunehmenden Lärm beeinträchtigt.



**Thomas Grüter**

**47, CVP, DIE Landliste, St. Urban  
Gemeindepräsident  
Pfaffnau  
Landwirt, Oberst**

Als praktizierender Landwirt ist mir eine starke Vertretung des Berufsstandes aus dem fünfgrößten Landwirtschaftskanton in Bern wichtig. Weitere Anliegen sind Energie-, Familienpolitik und die Armee.

Gemeindepolitik ist wirklich spannend. Wenn man etwas beitragen kann, dass sich die Gemeinde positiv weiterentwickelt, ist das ein schönes Gefühl. Den Kontakt zur Bevölkerung schätze ich sehr.

Die Aufgabenteilung geht vom Bund an Kantone, dann an Gemeinden. Mit dem Finanzausgleich und der Aufgabenteilung war ich bis auf die Bildungskostenverteilung zufrieden. Mehr darf aber nicht auf Gemeinden abgewälzt werden.

Für den «Kunden» erhöht sich vielleicht die Professionalität, für die Gemeinden sinkt aber die Einflussnahme. Das neue Gesetz wird für die einzelne Gemeinde Kosten von 33 Franken pro Kopf verursachen.

Die Raumplanung, wobei ich hier auf zwei Seiten stehe. Als Landwirt bin ich gegen den Verschleiss von Land. Als Gemeindepräsident bin ich für ein gesundes Wachstum, was meistens nur auf Kosten von Kulturland möglich ist.

Für weniger Kulturlandverlust: 1. Eingezontes Bauland innert fünf Jahren überbauen. 2. Verdichtete Bauweise mit höherer Ausnutzungsziffer. 3. Neue Fachmärkte mindestens doppelstöckig, in die Höhe anstatt in die Weite bauen.



**Leo Müller**

**53, CVP, Ruswil  
Gemeindepräsident  
Kantonsratspräsident 2011  
Rechtsanwalt und Notar  
Ing. Agr. FH/lic. iur.**

Weil ich mich nach 15 Jahren auf lokaler und kantonaler Ebene mit voller Kraft auf nationaler Ebene für die Luzerner Bevölkerung engagieren will. Die Erfahrungen in der Gemeinde sind die beste Basis.

Stimmt, als Gemeindepolitiker kann man ganz direkt viel bewirken. Bei einer Wahl in den Nationalrat würde ich im Frühjahr 2012 deshalb erneut als Gemeindepräsident kandidieren. So könnte ich direkt die Sicht der Gemeinden einbringen.

Ja, ich bin unzufrieden, wie es heute läuft. Die Übereinstimmung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung wird oft missachtet. Die Gemeindeautonomie wird eingeschränkt, auch wenn das viele nicht wahrhaben wollen. Es ist so.

Falsch und schade, dass man unter dem Stichwort «Professionalisierung» Althergebrachtes über Bord wirft. Es gibt viele Vormundschaf-ten, die durch Persönlichkeiten in der Gemeinde im Nebenamt geführt wurden, und sehr kostengünstig.

Die Neuorganisation der Zivilstandsämter, die Pflegefinanzierung und das Kinder- und Erwachsenenschutzrecht zeigen, wie wichtig es wäre, die Lobby der Gemeinden in Bern zu stärken. Da würde ich gerne für die Gemeinden kämpfen.

Aufgaben, die nicht Bundessache sind, sollen nicht vom Bund geregelt werden, sondern die Aufgabenteilung ist strikte einzuhalten. Es kann nicht sein, dass der Bund Vorgaben für Gemeindeaufgaben macht und nichts bezahlt.



**Paul Winiker**

**55, SVP, Kriens  
Gemeinderat  
Finanzvorsteher  
Kantonsrat  
Unternehmensberater  
Lic. oec. HSG**

Auf der obersten Staatsebene werden die Weichen gestellt und wesentliche Entscheide getroffen, welche die Gemeinden betreffen. Darum braucht es Leute, die den Föderalismus leben und respektieren.

Weil der gesunde Föderalismus zunehmend ausgehöhlt wird. Ich will kämpfen, dass Kompetenzen, Aufgaben und Verantwortung nicht auseinander driften. Die Gemeinden dürfen nicht Steuereintreiberinnen für Bund und Kanton sein.

Ja, ich bin erbost über den Trend, in Bund und Kanton immer neue schöne Gesetze mit Kostenfolgen zu beschliessen, die von den Gemeinden getragen werden müssen und nur noch dem Steuerzahler aufs Auge gedrückt werden können.

Das ist eine Paradebeispiel für Bürokratismus. Mit dem Aufblähen einer neuen Fachbehörde mit Juristen, Sozialarbeitern, Psychologen wird eine Verteuerung der gleichen Aufgabe um 80 Prozent für unsere Gemeinde verbroschen.

Durch die Zuwanderung in unser Land sehe ich die Gefahr der Zuwanderung zum Sozialsystem. Wir müssen Karenzfristen für den Bezug von Sozialhilfe einführen und den Sozialstandard auf ein bezahlbares Niveau senken.

Ein Moratorium für den Leistungsausbau könnte eine Zielrichtung sein oder die Karenzfristen für den Bezug von Sozialhilfe.





Genau hinschauen – wie sich die Politik für die Gemeinden entwickelt

len, da dem Kanton dem Vernehmen nach für das Budget 2012 rund 80 Millionen Franken fehlen. Wir wollten und wollen schon früh einen Warnschuss abfeuern. Für den VLG kommt eine Abwälzung dieser Sparübung auf die Gemeinden nicht in Frage.

#### **Was heisst das konkret?**

Wir fordern eine kostenneutrale Umsetzung für die Gemeinden. Viele Gemeinden sind momentan selber in einer schwierigen Lage und müssten Defizite budgetieren, einige kommen sogar nicht um eine Steuererhöhung herum. Es kann nicht angehen, dass der Kanton im Rahmen seines Programms zusätzliche Lasten auf die Gemeinden abschiebt oder bisherige Leistungen streicht.

#### **Hat der VLG-Vorstand mit dieser Position die Unterstützung der Basis?**

Davon bin ich überzeugt und dafür habe ich zwei Indizien. Erstens die vielen besorgten Rückmeldungen von der Basis, und

zwar aus Stadt und Land, andererseits die kürzlich erfolgte Eingabe einer Arbeitsgruppe Gemeindefinanzen aus einigen Zentrumsgemeinden.

#### **Dramatisieren die Gemeinden nicht auf Vorrat?**

Nein. In den letzten Jahren wurden die Gemeinden mit verschiedenen neuen Aufgaben belastet. Insbesondere mit der Pflegefinanzierung und ab 2013 mit den Kosten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Allein diese beiden Projekte verursachen massive Mehrkosten, die ausschliesslich bei den Gemeinden anfallen. Wir rechnen für beide Projekte mit zusätzlichen Kosten von 250 bis 350 Franken pro Einwohner. Die gleichzeitig eintretenden Mindereinnahmen aufgrund der Steuergesetzrevision verschärfen die Situation. Der VLG akzeptiert deshalb vor derhand keine Lastenverschiebungen mehr auf die Gemeinden, bis der Wirkungsbericht der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden vorliegt.

#### **Neben dem Kanton sind Sie noch an einer anderen Front gefragt, Richtung Entlebuch?**

Die Entlebucher Gemeinden kämpfen für ihr Anliegen, das ist ihr gutes Recht. Sie sind der Meinung, dass Kürzungen im topografischen Lastenausgleich für sie nicht verkraftbar sind. Ich habe Verständnis, dass für die Entlebucher Gemeinden wie auch für andere strukturschwache Gemeinden der topografische Lastenausgleich sehr wichtig ist. Das anerkenne ich.

#### **Warum hat denn der VLG in Sachen Ausstattung des topografischen Lastenausgleichs eine Kehrtwende gemacht, was ja die Entlebucher erzürnt?**

Das ist keine Kehrtwende. Weil wir Ende 2010 seitens der Regierung einen Vorschlag hatten, der im Sommer durch eine für die Gemeinden bessere Variante ersetzt worden ist. Also, die Regierung hat sich bewegt, das müssen wir anerkennen.

#### **Was ist besser geworden?**

Die Regierung hat den topografischen Lastenausgleich nur um zwei statt drei Millionen Franken gekürzt. Das ist eine Verbesserung. Und die zweite Verbesserung ist, dass die Regierung den Bildungslastenausgleich nicht angetastet hat, auch das im Unterschied zur ursprünglichen Version.

#### **Und das führte zu einer Neubeurteilung?**

Genau. Unter dem Strich ist das gegenüber den ursprünglichen Plänen der Regierung eine Verbesserung für die Entlebucher Gemeinden, weil eine Million Franken weniger gekürzt wird.

#### **Aber die Drohung mit dem Verbandsaustritt ist schon deftig?**

Das würde ich natürlich sehr bedauern und so weit darf es nicht kommen. Mit einem Verbandsaustritt würde man den Gemeinden selber einen Bärendienst erweisen. Ich bin überzeugt, dass dies nicht das Ziel der Entlebucher ist. Es ist sehr wichtig, dass wir als Gemeinden zusammenstehen und dass sich Stadt und Land auf gemeinsame Standpunkte und Interessen der Gemeinden als solche einigen. Aber nur das, genau das macht uns stark und dafür kämpfe ich gerne. Als nächstes werden wir vom VLG-Vorstand das Gespräch mit den Entlebucher Gemeinden suchen. Es ist mir sehr wichtig, dass diese Unstimmigkeiten beredet und ausgeräumt werden können.

Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

## Gemeinden müssen Einfluss nehmen

**Von der Neuorganisation des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts sind die Gemeinden nicht begeistert. Sicher ist einzig, dass die Kosten steigen. Ob die neue Lösung besser wird, muss erst bewiesen werden. Wichtig ist jetzt aber, dass die Gemeinden bei der Neuorganisation mitreden und ihren Einfluss geltend machen.**

Nicht nur im Kreis der Luzerner Gemeinden ist man von der Notwendigkeit des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts alles andere als überzeugt. Im Allgemeinen haben die Gemeinden in diesem Bereich während vieler Jahre gute Arbeit geleistet. Deshalb verstehen zum Beispiel der Verband Luzerner Gemeinden VLG, aber auch andere Gemeindeorganisationen in der Schweiz nicht, dass das Bundesparlament diese Neuorganisation zugelassen hat. Der Bund ist bei der neuen Gesetzgebung zu sehr von den Zentren ausgegangen, wo die Distanz zu den Klienten bereits heute grösser ist als in ländlichen Gegenden. Mit dem Entscheid zur Bildung von Fachbehörden hat der Bund die städtische Organisation auf die ganze Schweiz übertragen. Gleichzeitig wird jetzt auf höchstem Niveau professionalisiert.

### Mitbestimmung nutzen

Im Rahmen einer staatspolitisch unbefriedigenden Neuregelung,

die vom Bund beschlossen wurde, bleibt wenigstens im Kanton Luzern der kleine Trost, dass das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht eine Gemeindeaufgabe bleibt. Die Gemeinden kennen die Klientel besser und je näher man an den Menschen ist, desto besser kann man die konkrete Lage beurteilen. Das bedeutet: Wenn die Gemeinden die Verantwortung übernehmen, dann können sie auch Einfluss nehmen: bei der Organisation, der Anstellung der Fachbehörden, bei der Suche nach Räumlichkeiten. Würde hingegen der Kanton die Federführung übernehmen, wäre dieser Bereich von den Gemeinden abgekoppelt. Und genau an diesem Punkt setzt Ludwig Peyer als Geschäftsführer des VLG an: «Es ist sehr wichtig, dass wir von den Gemeinden her jetzt Einfluss nehmen auf die strukturellen, organisatorischen, finanziellen und personellen Aspekte.» Peyer ruft die Gemeinden zum aktiven Mitreden und Mitbestimmen

auf, «bevor es dann zu spät ist. Lieber rechtzeitig intervenieren als zu spät jammern.»

### Die Kosten sind sehr hoch

Die Zeit drängt beim neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht: Im November wird die Botschaft über die kantonale Anschlussgesetzgebung im Kantonsrat behandelt und am 1. Januar 2013 muss die Neuorganisation funktionieren. Der Preis für die Neuorganisation ist sehr hoch. Der VLG rechnet mit Betriebskosten von 11 Franken, der Vollbetrag wird sich auf rund 33 Franken pro Kopf belaufen. Am Schluss aber dürften die tatsächlichen Kosten bei 30 bis 40 Franken pro Kopf liegen. Lohnen sich diese hohen Kosten für eine Aufgabe, die in den Gemeinden eigentlich gut funktioniert hat? Daran zweifelt auch der VLG. Erst recht, weil den Gemeindebehörden die geforderte Akteneinsicht verweigert wird. Die Anhörung ist ein Trostpflaster, mehr aber nicht.

## Geplante regionale Trägerschaften

Auf der Landschaft gibt es mehrere Gebietskreise unter Einbezug der heutigen SoBZ Willisau-Wiggertal, Amt Entlebuch, Wolhusen und Ruswil einerseits und dem SoBZ Hochdorf Sursee andererseits. Einen eigenen Kreis bildet die Stadt Luzern. Noch unsicher ist, ob es in der

Agglomeration zu einem oder zwei Gebietskreisen kommt. Die Gemeinden Luzern Land werden sich der Amtsvormundschaft Luzern Land anschliessen. Ob Kriens und Emmen einen eigenen Kreis bilden oder zu Luzern Land stossen, ist im Moment noch unklar.

## Impressum

### Herausgeber:

Verband Luzerner Gemeinden VLG  
Postfach 3065, 6002 Luzern, Tel. 041 368 58 10  
info@vlg.ch, www.vlg.ch

**Ausgabe:** gazette Oktober 2011

**Texte/Redaktion:** Ludwig Peyer/Kurt Bischof

**Fotos:** Stefan Vonwil, zvg

**Gestaltung/Produktion:** bischof | meier und co, Hochdorf

**Druck:** Bucher Druckmedien AG

**Auflage:** 1000 Exemplare